



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

Puis a en

FL

21.8.91

354

990.03

Bern, den 30. Juli 1991

An die Mitglieder
 des Bundesrates

Informationsnotiz

Dreiertreffen der Finanzminister von Deutschland,
 Oesterreich und der Schweiz (Dresden, 5.-7. Juli 1991)

Das traditionelle Treffen der Finanzminister von Deutschland (Waigel), Oesterreich (Lacina) und der Schweiz fand vom 5.-7. Juli 1991 in Dresden statt. Am 7. Juli bestand die Gelegenheit eines Gedankenaustausches mit den Finanzministern von Polen (Balzerowicz), Ungarn (Kupa) und der Tschechoslowakei (Klaus).

Beim eigentlichen Dreiertreffen wurde über die Wirtschaftslage, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, die Besteuerung der Kapitaleinkommen, die Umweltabgaben sowie über die Lage in der UdSSR und in Jugoslawien gesprochen.

Was die Wirtschaftslage anbetrifft, erwartet man in Deutschland ein reales Wachstum von 4-5 % für das Jahr 1991. Die jährliche Teuerung liegt z.Zt. bei 3,5 %. Die Produktivität in den neuen Bundesländern ist noch schlechter als erwartet (etwa 1/3 derjenigen im Westen), aber die wirtschaftliche Integration der ehemaligen DDR schreitet rasch voran. 330'000 Gewerbebetriebe sind entstanden, und rund 1 Million neue Arbeitsplätze wurden geschaffen. Die Treuhandanstalt hat rund 2'000 Betriebe privatisiert. Nicht alles läuft reibungslos. Die Tatsache, dass der Kohlebergbau im Westen subventioniert und im Osten abgebaut wird, erweckt Kritiken. Die Eigentumsrechte können mangels Katasterplänen und Grundbüchern nicht garantiert werden.

Die Geldpolitik der Deutschen Bundesrepublik ist restriktiv, aber sie sollte trotz aller Appelle aus dem Ausland wegen

des starken konjunkturellen Wachstums nicht gelockert werden. Mit anderen Worten gibt es keinen Raum für eine Zinssenkung. Die Wiedervereinigung hat das Budget schwer belastet. Man hat die feste Absicht, im nächsten Jahr die Neugeldaufnahme der Regierung von 66 auf 30 Milliarden DM zurückzuführen.

Die österreichische Konjunktur wird vom Aufschwung in Deutschland positiv beeinflusst. Man erwartet für dieses Jahr ein reales Wachstum von rund 3 %, während die Inflation bei 3,3 % liegt. Die Zahl der Beschäftigten ist gestiegen, aber auch die Arbeitslosigkeit, denn Oesterreich wird mit einem Bevölkerungswachstum konfrontiert. In den Grundschulen Wien ist etwa ein Schüler auf zwei ein Ausländer. Die Zahl der illegalen Einwanderer und illegalen Arbeiter steigt an. Grosse Infrastrukturinvestitionen werden im Osten des Landes getätigt, um der wirtschaftlichen Belebung einer bisher eher eingeschlafenen Gegend entgegenzukommen. Dieses Erwachen sei der Oeffnung der Nachbarländer zu verdanken.

Die gegenwärtigen Leistungen der schweizerischen Wirtschaft (0,5 % Realwachstum, 6,6 % Inflation) machten selbstverständlich keinen überwältigenden Eindruck.

In der anschliessenden Diskussion präziserte Waigel, dass die G-7 keine Wechselkursziele festgelegt haben, aber die Mitglieder bereit seien, gezielt gemeinsame Devisenmarktinterventionen durchzuführen, um übermässige Ausschläge zu dämpfen. Die Zinsen in Deutschland sind zwar wegen der Wiedervereinigung und der starken Konjunktur seit 1989 spürbar gestiegen. Sie sind jetzt stabil, was auf die strikte Politik der Bundesbank und die klaren mittelfristigen Zielsetzungen der Finanzpolitik zurückzuführen sei. Die hohen Zinsen haben den Hochbau gebremst, während die Industrieinvestitionen weiterlaufen, nicht zuletzt wegen der hohen Selbstfinanzierungsquote.

Die internen Wanderungen setzen sich fort, haben aber nachgelassen. Sie können nützlich sein, wenn es sich um Pendler handelt, bzw. wenn die "Auswanderer" nach Erwerb der neuesten Fachkenntnisse im Westen sich wieder in den neuen Bundesländern im Osten niederlassen.

Was die Besteuerung der Kapitaleinkommen anbetrifft, weist Waigel auf den Entscheid des Verfassungsgerichts hin, wonach ab 1. Januar 1993 die Kapital- und Arbeitseinkommen fiskalisch gleichzustellen sind. Das Gericht hat beanstandet, dass über die Hälfte der Kapitaleinkommen nicht besteuert werden, aber der Entscheid stellt eine unheilvolle Bescherung dar zu einer Zeit, in welcher die Bundesregierung den Kapitalmarkt stark beansprucht. Das Finanzministerium wird in engem Einvernehmen mit den Finanzkreisen eine möglichst schonende Lösung suchen. Grundsätzlich können drei Möglichkeiten in Betracht gezogen werden, und zwar die Wiedereinführung einer Quellensteuer, die systematische Uebermittlung

von Kundendaten an die Steuerämter oder die Ermöglichung von Stichproben bei den Banken durch die Steuerämter. Die dritte Lösung dürfte obsiegen, wobei die Freigrenze für die Sparer wesentlich erhöht werden sollte. Waigel glaubt nicht an die Einführung einer Quellensteuer. Als die Bundesrepublik 1989 im Alleingang eine solche einführt, wurden rund 60 Milliarden DM ins Ausland transferiert. Eine EG-weite Lösung würde an der Opposition mehrerer Länder scheitern.

Oesterreich hat eine Kapitalertragssteuer von 10 % eingeführt, ohne bei den Anlegern allzuviel Aufsehen und Missmut zu erregen. Es wird geprüft, ob diese Verrechnungs- in eine Abgeltungssteuer umgewandelt und der Steuersatz erhöht werden sollte, aber man würde dies im Alleingang kaum wagen.

Die Umweltabgaben bildeten den nächsten Diskussionspunkt: Oesterreich möchte auf Anfang nächsten Jahres eine nach Umweltbelastung (Treibstoffverbrauch) differenzierte Zulassungsabgabe für Kraftfahrzeuge einführen. Wien will die Treibstoffpreise an diejenigen der BRD anpassen, um den "Benzintourismus" zu verhindern. Es gibt eine Steuer auf Kunstdünger als Bodenschutzmassnahme. Anstelle einer Rückvergütung an die Bauern für ihren Treibstoffverbrauch sollten sie auf ökologischen Kriterien basierende Direktzahlungen erhalten. Die Einführung einer allgemeinen Energieabgabe sollte aus Wettbewerbsgründen international koordiniert werden.

Diese Meinung wird von Waigel geteilt. Was die Treibstoffbesteuerung anbetrifft, fördert Bonn durch eine Satzendifferenzierung den Verbrauch von bleifreiem Benzin. Die Kraftfahrzeugsteuer, die nach Hubraum gestaffelt ist, soll umgestellt werden, um die umweltschädlichen Emissionen vermehrt zu berücksichtigen. Dies wirft aber soziale Probleme auf, denn die Kleinwagen belasten die Umwelt verhältnismässig mehr als die grossen.

Was den Stand der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion anbelangt, vertritt Waigel die Meinung, dass die Arbeiten schneller als erwartet vorangeschritten und die Bedingungen rascher festgelegt worden sind (Konvergenz der Wirtschaftspolitiken und -daten, Regeln für die Haushaltspolitik, Verbot der Monetarisierung der Defizite, Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken und später der Europäischen Zentralbank). Vertragsentwürfe liegen vor. Es gilt jetzt, den festgelegten Grundsätzen nachzuleben. Von der Erfüllung der Kriterien und nicht von einem hochfliegenden Gemeinschaftsdenken wird abhängen, ob die Etappen eingehalten werden (1.1.1994: Schaffung des Gouverneursrats / 1.1.1996: Uebertragung der geldpolitischen Zuständigkeit an die Europäische Zentralbank).

Waigel bezweifelt, dass verschiedene Staaten in der Lage sein werden, rechtzeitig die notwendigen Stabilitätserfolge zu erzielen. Wenn dies nicht gelingt, sollte entweder der

letzte Schritt verschoben oder ein "Europa der zwei Geschwindigkeiten" entstehen. Waigel ruft in Erinnerung, dass von deutscher Seite eine Parallelität zwischen der Wirtschafts- und Währungsunion und der politischen Union (gemeinsame Aussenpolitik) postuliert wird. Grossbritannien macht zögernd mit, aber Waigel glaubt nicht, dass die von britischer Seite vorgeschlagene Schaffung eines "harten ECU" eine echte Alternative zur Wirtschafts- und Währungsunion darstellt.

Für Waigel war es notwendig, Gorbatschow anlässlich des Gipfeltreffens nach London einzuladen. Eine Zahlungsunfähigkeitserklärung der UdSSR würde eine weltweite Krise auslösen. Es sei nun von zentraler Bedeutung, dass der Unionsvertrag unter Dach gebracht werde, um die Verantwortung und Zuständigkeiten klarzulegen. Die Zahlungsbilanzprobleme werden im Jahre 1992 ihren Höhepunkt erreichen.

Dabei muss man wissen, dass rund 40 % der Oellieferungen der UdSSR verlorengehen: zum Teil, weil die Leitungen leck sind, zum Teil, weil sie heimlich angezapft werden. Hier sollte mit westlicher Unterstützung Abhilfe geschaffen werden.

Europa allein kann nicht mit den Problemen der UdSSR fertig werden. Die USA und Japan müssen in einem multilateralen Rahmen mitziehen. Der IWF ist die bestgeeignete Institution, um die Federführung zu übernehmen. Die BERD, die OECD, die EG-Kommission kommen in zweiter Linie. Bonn unterstützt die Idee eines Sonderstatus für die UdSSR im IWF als Uebergangslösung. Eine Vollmitgliedschaft sei vorderhand undenkbar. Es werden keine konkreten Zusagen am Gipfel gemacht, da es sinnlos wäre, "Saatgut auf noch gefrorenen Boden zu schmeissen". Bonn meint, dass zu gegebener Zeit die BERD Kredite an die UdSSR gewähren sollte. Die von den Amerikanern eingesetzten statutarischen Einschränkungen sollen aufgehoben werden.

Waigel schliesst mit dem Hinweis, dass die Erfolge der Amerikaner im Golf ohne das kooperative Verhalten der UdSSR nicht möglich gewesen wären. Die USA verstehen nicht, dass die UdSSR jetzt "ihre Dividende kassieren will".

Lacina weist auf die besorgniserregende Entwicklung in Jugoslawien hin. Diesem Land ist es gelungen, eine Wirtschaftsreform durchzuführen, aber die Politik hat versagt. Es gab keine nationale Integrationsfigur nach Tito, was sich auch durch die rasche Ablösung des Präsidenten und der Regierungsmitglieder erklären lässt. Eine Konföderationslösung erscheint je länger desto unwahrscheinlicher. Der Westen sollte kein Signal geben, die das Eingreifen der jugoslawischen Armee ermutigen würde. Dies könnte zu einem Blutbad führen, da sie bewaffnungsmässig den Territorialeinheiten der Republiken weit überlegen ist. Slowenien könnte wirtschaftlich überleben und stellt ein einheitliches Gebilde dar. Weit schwieriger und gefährlicher ist die Lage in Kroa-

tien und Bosnien wegen der herrschenden Minderheitsprobleme. Die österreichische Regierung hat sich mit der Frage der Anerkennung der unabhängigkeitwilligen Republiken auseinandergesetzt, möchte aber auf die Reaktionen der EG und der USA warten. (In der österreichischen Bevölkerung gibt es eine starke Sympathiebewegung für Slowenien.) Die jugoslawische Krise birgt verschiedene Gefahren für Oesterreich. Leider sind die Amerikaner, die Jugoslawien eine Wirtschaftshilfe von 5 (!) Millionen US\$ gewähren, weder gewillt noch in der Lage, einen Einfluss auf Belgrad auszuüben.

Treffen von Moritzburg

Am Sonntag trafen sich im ehemaligen Jagdschloss Moritzburg bei Dresden die Teilnehmer des Dreiertreffens mit den Finanzministern von Polen, der Tschechoslowakei und von Ungarn. Dieses Treffen wurde von Waigel unter das Zeichen der deutschen Sprachgemeinschaft gestellt. Dies stimmte insofern nicht, als die Minister Balzerowicz und Kupa mit einer Dolmetscherin antraten. Unter sich unterhielten sich die drei östlichen Gäste ... auf Englisch. Sie haben sich zur wirtschaftlichen Lage in ihren Ländern sowie über die Entwicklung in der UdSSR und in Jugoslawien geäußert.

Klaus (CSFR) erklärt, dass die Reform in seinem Lande ohne dramatische Probleme läuft. Am 1.1.1991 wurde die Preisregulierung abgeschafft. 90 % der Preise sind nun frei. Zudem ist es gelungen, die Inflation erfolgreich zu bekämpfen: von 26 % im Januar ist die Inflationsrate in den Monaten April und Mai auf 1,9 % gefallen. Die Regierung hat Richtlinien für die Entwicklung der Löhne veröffentlicht, sieht aber von direkten Eingriffen ab. Die Zahlungsbilanz ist seit Jahresanfang positiv. Auf mikroökonomischer Ebene kommt die Privatisierung von kleinen Betrieben zügig voran (5'000 Dienstleistungsbetriebe wurden im Juni versteigert). Schwieriger gestaltet sich die Privatisierung grösserer Betriebe.

Das Hauptproblem hingegen liegt einerseits im Zusammenbruch des COMECON, in der Desintegration der Handelsbeziehungen mit der UdSSR und der ehemaligen DDR, andererseits im Protektionismus der Industrieländer. So werden die Textilimporte aus der Tschechoslowakei kontingentiert, obwohl die tschechische Produktion nur 1 % des EG-Verbrauchs darstellt. Es wäre wenig sinnvoll, der Tschechoslowakei zu helfen, ihre Importe zu finanzieren. Was dieses Land dringend braucht, ist ein leichter Zugang zu den Märkten der Industrieländer.

Balzerowicz erinnert daran, dass im Herbst in Polen Wahlen stattfinden werden, was mit grosser Spannung erwartet wird. Die Wirtschaftsreform ist zwar unbedingt erforderlich, aber nicht populär. Zusammen mit dem Zusammenbruch des COMECON hat sie zu einer schweren Rezession geführt. Die Produktion ist gegenüber 1990 real um 8 % gesunken. Immerhin gibt es Lichtblicke: Die Inflation, die vor Einleitung des Stabi-

lisierungsprogramms auf 2'000 % pro Jahr gestiegen war, wurde im Jahre 1990 auf 250 % reduziert. Sie fiel trotz Preisliberalisierung auf 50 - 60 % im ersten Halbjahr 1991 und sie dürfte im zweiten Halbjahr um 10 - 12 % liegen. Der Binnenmarkt entwickelt sich und es gibt keine Warteschlangen mehr vor den Läden.

Der gesetzliche Rahmen der Marktwirtschaft wird ausgebaut (Wertpapierrecht, Gesetz über die ausländischen Direktinvestitionen, Steuergesetz). Die Privatisierung kleinerer Betriebe läuft zufriedenstellend. Die Privatisierung grösserer Unternehmen erweist sich jedoch schwieriger als erwartet. Balzerowicz ist wie Klaus von der protektionistischen Haltung der EG enttäuscht und plädiert für eine Oeffnung der Märkte. Wenn der Westen die Reform in den UdSSR unterstützen würde, würde die polnische Exportwirtschaft davon profitieren. Er unterstreicht aber, dass die "pays en transition" wie Polen nicht in der Lage sind, die Exportwirtschaft der westlichen Länder zu konkurrenzieren, die mit grosszügigen staatlichen Exportkrediten in der Sowjetunion operieren. Mit dieser Art von Hilfe an Moskau werden die Exporte der "pays en transition" erstickt. Diese Ansicht wird von seinen beiden Kollegen geteilt.

Ueber Ungarn ist gemäss Kupa sowohl Positives als auch Negatives zu berichten. Der institutionelle Rahmen der Marktwirtschaft wird systematisch ausgebaut (Eigentumsrecht, Finanzsektor). Die gesamte neue Wirtschaftsgesetzgebung dürfte bis Ende des laufenden Jahres unter Dach sein. Auf der Schattenseite ist das Bruttosozialprodukt gegenüber dem Vorjahr um 7 % gesunken, was nicht zuletzt auf den Zusammenbruch des Handels mit der UdSSR zurückzuführen ist. So werden die Ausfuhren nach diesem Land von 3,5 Mrd US\$ im Jahre 1990 in diesem Jahr vermutlich auf 1 Mrd US\$ zurückgehen. Die Ertragsbilanz dürfte im laufenden Jahr mit einem Defizit von etwa 1 Mrd US\$ abschliessen. Ebenfalls auf der Schattenseite ist die Preisentwicklung zu erwähnen. Wegen der Liberalisierung der Preise ist die jährliche Inflationsrate auf 30 - 35 % angestiegen. Ein besonderes Problem stellt die hohe externe Verschuldung des Landes dar. Um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können, braucht das Land keine Finanzhilfe, sondern Exportmärkte. Als Exporteur von Agrarprodukten möchte Kupa einen besseren Zugang zu den Märkten der westlichen Industrieländer, insbesondere der EG.

Zur Lage in der UdSSR bemerken die drei Gäste, dass sie eigentlich wenig wissen, aber dass im Westen die Darlegungen der sowjetischen Politiker mit einer bedauerlichen Leichtgläubigkeit hingenommen werden. Die sowjetischen Vertreter wissen, was ihre Gesprächspartner im Westen gern hören möchten. Es gibt aber eine Kluft zwischen Reden und Taten. In der Sowjetunion herrschen chaotische Zustände. Niemand weiss, wer für was zuständig ist. Wichtige Geschäfte werden nicht behandelt, Briefe bleiben unbeantwortet. Im sowjetischen Apparat scheint zurzeit jeder ausschliesslich damit

beschäftigt zu sein, seine Position zu stärken oder zu verteidigen. Es wäre aber falsch zu warten, bis sich die Lage völlig geklärt hat. Mit Vorsicht sollten technische Hilfe geleistet, notleidende Wirtschaftssektoren (Energie) saniert werden. Die BERD sei in die Lage zu versetzen, Kredite an die UdSSR zu gewähren. Die "pays en transition" sollten mitwirken können. Die drei Gäste benützen die Gelegenheit, um ihre Frustration auszudrücken: Sie müssen jetzt das Erdöl, das sie aus der UdSSR beziehen, mit harten Devisen bezahlen. Die UdSSR benützt diese Devisen, um Zinsen an die westlichen Banken zu zahlen oder um Produkte aus dem Westen zu kaufen. Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei werden aus ihrem traditionellen Handel mit der UdSSR durch die EG, bzw. durch die von den EG-Ländern gewährten staatlichen Finanzierungsfazilitäten, verdrängt.

Was Jugoslawien anbetrifft, sind die drei Gäste der Auffassung, dass es nicht mehr in seiner heutigen Form weiter bestehen kann. Bereits vor Jahren hat der Zerfall der zentralen Regierung angefangen und die westlichen Regierungen haben den Ernst der Lage nicht erkannt. Nun wird man die se-zessionswilligen Republiken nicht daran hindern können, unabhängig zu werden. Der Fall Kroatien könnte wegen des Problems der serbischen Minderheiten zu einem Blutbad führen. Die sich anbahnende Sezession könnte auf Nachbarländer (Tschechoslowakei) ansteckend wirken. Auch auf wirtschaftlicher Ebene würde die Spaltung fast unlösbare Probleme schaffen. Wer wird die Schulden Jugoslawiens übernehmen und bedienen? Wie werden die aussenwirtschaftlichen Beziehungen neu gestaltet? Aber die wirtschaftliche Vernunft ist hier nicht massgebend.

OH 56

0. Stich